

Mehr Mut zum Experiment im Briten-Viertel

Staat als Finanzhai, Stadt als Bremse für die Bürgerbeteiligung: Diskussion der Architektenkammer

hmd **OSNABRÜCK.** Auf welche Experimente kann sich Osnabrück bei der Gestaltung der britischen Kasernen- und Wohnflächen einlassen? An dieser Frage schieden sich die Geister im Stadtgespräch „For sale Britenwohnungen – die Katze im Sack?“, zu dem die Architektenkammer Niedersachsen zusammen mit der N-Bank und der Neuen Osnabrücker Zeitung eingeladen hatte.

Friede, Freude, Eierkuchen: Diesen Eindruck hinterließen die ersten Minuten des Gesprächs, an dem Wera Buhr von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima), die Stadtplaner Prof. Christa Reicher (Universität

Dortmund) und Lutz Schleich (Hannover) sowie Franz Schürings, Leiter des Fachbereichs Städtebau, teilnahmen. Die Stadt habe ihre Hausaufgaben gemacht, um die „weißen Flecken“ auf dem Stadtplan mit Leben zu füllen, so der Tenor. Einen „vorbildlichen Kommunikationsprozess“ machte etwa Christa Reicher aus.

Doch dann sorgte insbesondere Schleich für kontroverse Ansätze in der vom Redakteur Rainer Lahmann-Lammert geleiteten Diskussion. „Mehr Mut zum Experiment“ lautete sein Ansatz. Weitere Kritikpunkte des Stadtplaners: das „skandalöse amerikanische Höchstbietverfahren“ und ein Staat,

der wie ein „Finanzhai“ agiere. Wurden Ergebnisse zu schnell fixiert? Diese Frage richtete Schleich an die Zuhörer.

Genau das nahmen einige der 100 Besucher auf: Die Bürgerbeteiligung habe sich allein auf die Kasernenflächen beschränkt. Eine „Durchmischung“ werde verhindert, indem Familien bei den Dodesheider Quartieren zum Zuge kämen, während der Westerberg nur für Besserverdienende erschwinglich sei. Hier hätte die Stadt eingreifen müssen, lautete der Kritikpunkt.

Doch mit der Bima sind Experimente offenbar nicht zu machen – oder erst wenn die Häuser nicht vom Markt

angenommen würden, schränkte Wera Buhr ein. Sie nannte das Ziel, die 740 Wohnungen gewinnbringend zu vermarkten. Dennoch sei die Bundesanstalt offen für Interessenten, die neue Wohnformen umsetzen wollten.

Die Kommunen müssten ihre Steuerungsmöglichkeiten nutzen, forderte Reicher. Im Konkurrenzkampf der Städte könne Osnabrück die „Visitenkarte aufpolieren“, Angebote entwickeln und etwa durch Subventionen die Nachfrage steuern. Die Siedlungen dürften nicht als „Inseln“ betrachtet werden, denn die Potenziale zeigten sich erst im Zusammenhang.

Eine Einschränkung kam von Stadtplaner Schürings:

Die Stadt habe Signale setzen wollen und dürfe den Prozess nicht zu sehr in die Länge ziehen, weil es schon zu ersten Vandalismusschäden komme. Die Verwaltung habe die Wohnquartiere als „homogen und durchgrünt“ bewertet, daher liege der Schwerpunkt auf der Bestandssicherung. Innovative Ansätze seien möglich, wenn Siedlungen „en bloc“ verkauft würden.

Blieb die Frage der Katze im Sack. „Wir klären bestmöglich über die Häuser auf“, versicherte Wera Buhr. Dennoch bleibt eine Katze im Sack, nämlich die der Westumgehung, wie Lahmann-Lammert feststellte. Ob sie kommt, bleibt ungewiss.